

Verfahren radarstrahlengeschädigter Soldaten führten zum Strafantrag

Anwalt zieht gegen Verteidigungsministerium vor Gericht

Nun drohen auch strafrechtliche Konsequenzen im Verfahren um durch Radarstrahlen geschädigte Soldaten: Rechtsanwalt Matthias Pohl aus Eckernförde hat Mitte März Strafanzeige erstattet und gegen den Bundesminister der Verteidigung, Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums und der Wehrbereichsverwaltung III und V Strafantrag gestellt. Dem Strafantrag liegen vier Verfahren zugrunde, die vor Sozialgerichten geführt wurden bzw. werden. In allen Verfahren geht es um Anträge Betroffener auf Beschädigtenversorgung nach dem Soldatenversorgungsgesetz. Die Betroffenen waren während ihres Dienstes in der Bundeswehr über längere Zeiträume an Radargeräten tätig, von denen gesundheitsschädliche Strahlendosen ausgingen. Zwei Betroffene erkrankten an Hoden-, einer an Lungenkrebs. Der vierte, inzwischen verstorben, erlitt einen Hirntumor. Der Vorwurf lautet auf Prozessbetrug durch wahrheitswidrige Hinweise zu der Studie der Universität Witten-Herdecke "Gesundheitliches Risiko beim Betrieb von Radareinrichtungen in der Bundeswehr", Vertuschungen und wahrheitswidrige Erklärungen von Mitarbeitern des BMVg und der Wehrbereichsverwaltungen.

Durch dieses Verhalten, das Methode habe, sei der Strafbestand des Prozessbetruges erfüllt worden, wirft der Anwalt den Beklagten weiter vor. Hoffnungsvoll stimmt eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schleswig, das der Klage eines vom DBwV unterstützten Betroffenen nach vielen Jahren statt gab. Die Vertreterinnen der Wehrbereichsverwaltung sollen sich vor Gericht in der von Rechtsanwalt Pohl beklagten Art und Weise verhalten haben, was auf Vorgaben aus dem Verteidigungsministerium hindeute.

Ende März wurde vom "Arbeitsstab Dr. Theo Sommer", der den Auftrag hat, den Umgang der Bundeswehr mit möglichen Gesundheitsgefahren durch DU-Munition, Radarstrahlung, Asbest und gegebenenfalls anderen Materialien zu prüfen, die ersten Radaropfer angehört. Einer der Befragten: "Ich hatte aufgrund der Befragung den Eindruck, dass nach Alibis zugunsten des Ministeriums gesucht wird".

Der Abschlussbericht des Arbeitsstabes soll vor der parlamentarischen Sommerpause vorliegen. Bis dahin werden sich viele der Betroffenen in einer eigenen Interessenvertretung organisiert haben. **Ah**
